



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Conrad, M.: Die Solidarität von Besitz und Proletariat in Steuersachen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Solidarität von Besitz und Proletariat in Steuersachen

Von Regierungsrat M. Conrad



Die Steuergesetze, die von der Regierung vorgelegt sind, und die uns aus der größten finanziellen Notlage retten sollen, in der Deutschland sich je befunden hat, bringen keine neuen Gedanken. Sie folgen vielmehr dem Grundgedanken des Steuerrepertoires der letzten Jahrzehnte: Möglichste Besteuerung von Besitz und Einkommen, nur hilfsweise Heranziehung indirekter Steuern. Der Hauptunterschied gegen früher liegt allein in der ungeheuerlichen Steigerung der für die Abgaben von Besitz und Einkommen angewandten Sätze. Und doch ist es eine auf der Hand liegende Wahrheit, daß jedes Steuerprinzip seiner Natur nach nur eine beschränkte Anwendungsmöglichkeit hat. Je schärfer es angespannt wird, desto näher rückt die Gefahr des Überspannens; ein solches aber bedeutet notwendig eine Katastrophe und zieht unberechenbare Folgen nicht nur für die zunächst betroffenen Kreise, sondern für die gesamte Volkswirtschaft nach sich, es macht in der Regel außerdem für die Zukunft diese Steuerwege ungangbar. Es gibt weite Kreise, die in den Steuergesetzen ein Überspannen des herkömmlichen Steuerprinzips erblicken. Hierauf soll in folgendem nicht eingegangen werden. Aber auch ohne das rechtfertigt sich die Erwägung, daß man sich in so außerordentlichen Verhältnissen, wie den unserigen, mit aller Findigkeit und Energie nach neuen Wegen zur Beschaffung der Staatsmittel umsehen muß. Die notwendige Voraussetzung aber dafür, daß sich die Ohren überhaupt für neue Steuergedanken öffnen, daß überhaupt eine Kritik dem herrschenden Steuerprinzip gegenüber Platz greifen kann, ist, zunächst mit einem eingewurzelten Vorurteil aufzuräumen, das stets die festeste Stütze dieses Prinzips gewesen ist.

Es ist hergebrachte (sozialdemokratische) Doktrin, der sich das alte Regime, wie auch in so manchem andern, gebeugt hat, daß die Steuern im wesentlichen die „besitzenden Stände“ zu tragen haben, „damit die Minderbemittelten unter ihnen nicht leiden“. Diese Doktrin ist falsch. Es ist ein Trugschluß zu glauben, der Arme leide nicht unter dem Druck der Steuern, wenn der Reiche bezahlt. Die Erkenntnis von der Unrichtigkeit dieser Auffassung muß Allgemeingut werden. Eher können wir nicht zu einem vorurteilsfreien, und für das Volkwohl erträglichen Arbeiten der Steuermaschine kommen.

Die sozialdemokratische Anschauung geht von der naiven Auffassung aus, als bestände das Wirtschaftsleben lediglich aus der Summe der einzelnen Wirtschaftsexistenzen, die selbstständig und voneinander unabhängig nebeneinanderstehen, so wie sie sich äußerlich präsentieren. Sie übersieht völlig die unzähligen offenbaren und verdeckten Zusammenhänge, die jede einzelne Wirtschaftsexistenz mit allen anderen derart tausendfältig und unentwerrbar verknüpft und in Abhängigkeit bringt, daß die Ausscheidung der einzelnen aus dem Ganzen eine Unmöglichkeit bedeutet und daß jede allgemeine Wirtschaftsmaßnahme — auch Steuern — wenn sie ehrlich behandelt wird, niemals auf die einzelnen, sondern immer nur auf das Ganze, auf das Wirtschaftsleben abgestellt werden muß.

Das Wirtschaftsleben eines Volkes ist ein in allen Teilen zusammenhängendes Ganzes, am besten vergleichbar einer Flüssigkeit in einem System kommunizierender Röhren. Der Druck, der von oben auf einzelne dieser Röhren

gelegt wird, wirkt notwendig als Druck von unten in allen übrigen Röhren. Die Flüssigkeit steigt gleichmäßig in allen übrigen Röhren bis zu dem Punkt, wo sie, sei es durch mechanische Hindernisse, sei es durch Schwerkraft und Atmosphärendruck ihren Gegendruck findet, und zwischen Druck und Gegendruck ist jedes Teilchen mit gleichem Druck belastet, der Druck hat sich auf alle Teile gleichmäßig verteilt. Das gilt auch vom Steuerdruck. Nehmen wir zunächst das dem Arbeiter geläufigere Beispiel, daß er durch große indirekte Steuern bedrückt wird, daß also die Abgaben, die auf seine notwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel gelegt werden, seine Lebenshaltung verteuern. Was wird die Folge sein: er wird durch Streiks höhere Löhne durchsetzen und so seine Lasten zunächst auf den Arbeitgeber abwälzen, der seinerseits wieder durch höhere Preise eine Abbürdung auf die Gesamtheit der Volksgenossen vornimmt. Ganz geringt die Abbürdung des Druckes nie. Als Gegendruck wirken letzten Endes Faktoren, wie die ausländische Konkurrenz und die Gesamtbilanz der Volkswirtschaft, die nur eine gewisse Höhe der Preise verträgt, welche durch Verminderung der Nachfrage und daraus sich ergebende Betriebseinschränkungen bis auf den Arbeiter wieder zurückreagieren. Trotz anfänglicher Versuche der einzelnen Beteiligten, alles abzubürden, oder gar noch einen Profit herauszuschlagen, ergibt sich doch zuletzt eine unbedingt gleiche Verteilung der Last auf alle Volksgenossen, entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Ganz ebenso aber verhält es sich bei der Besteuerung der sogenannten Besitzenden.

Der Unternehmer, dessen Einkommen oder Betriebsvermögen von Steuern belastet wird, sucht sein Einkommen oder Vermögen wieder entsprechend zu heben. Ja, er ist dazu gezwungen, wenn er, was wieder im Interesse der Allgemeinheit liegt, seinen Betrieb auf der Höhe oder — bei besonders hohen Abgaben — überhaupt nur leistungsfähig erhalten will. Er kann dies einmal durch Verteuerung der Preise. Und dieser Verteilungsprozeß wirkt so vollständig, daß er sich in seiner Auswirkung auf jede einzelne Mark verteilt, er tritt in Erscheinung im Sinken der Kaufkraft des Geldes, in der inneren Valuta (für die natürlich auch noch andere Umstände maßgebend sind) und trifft dadurch indirekt jeden, auch den Arbeiter. Soweit aber die Preiserhöhung durch Verminderung der Abnahme die Betriebe gefährdet, ist dieser Weg des Ausgleichs für den Produzenten nicht gangbar. Er sucht dann unmittelbar seine Abbürdung nach unten durch Verbilligung des Betriebes, d. h. Herabsetzung der Löhne. Einschränkung des Betriebes oder gar Zusammenbruch des Unternehmens, falls die Abbürdung nicht gelingt, und daraus folgende Brotlosigkeit des Arbeiters sind das Druckmittel, welches den Arbeiter zwingt, auch seinen Anteil an den Lasten der Besitzenden zu übernehmen. Und dabei ist es nicht etwa der „böswillige“ Unternehmer, der dieses Druckmittel willkürlich anwendet, auch er ist der Gezwungene, der der stillwirkenden Macht weicht, welche in jedem gesunden Volksganzen auf einen Ausgleich sämtlicher Lasten hinwirkt. Auch von den Lasten auf Einkommen und Besitz trägt also in einem gesunden Volkswesen der Nichtbesitzende den Anteil, der verhältnismäßig seiner wirtschaftlichen Kraft entspricht. Das bedeutet: Die Folge hoher Lasten auf den Besitz ist notwendig auch eine Verschlechterung der Lebenshaltung der unteren Stände.

Dagegen hilft auch keine Sozialisierung. Denn auch der Staat, der, soweit er sozialisiert, nur die künstliche Zusammenfassung aller Besitzenden in einer Person ist, muß lebensfähig bleiben, d. h. seine Bedürfnisse und Verpflichtungen auf alle Volksgenossen verteilen. In dem vollkommen sozialisierten

Staat müssen zuletzt alle Steuern und sonstigen Abgaben durch Einnahmen aus den Monopolen ersetzt werden, also durch die für den Arbeiter unmittelbar drückendsten indirekten Lasten. Und je mehr der Staat verschuldet ist und je weniger er die Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft erreicht, desto stärker wird der unmittelbare Druck auf die breiten Schichten des Volkes, das Proletariat, das der Staatsgewalt gegenüber nicht mehr, wie jetzt in der Privatwirtschaft, die Möglichkeit der Abbürdung hat. Denn der Staatsbedarf läßt sich nicht abbürden! Darum muß der Staat jede Selbsthilfe gegen seine Ansprüche nötigenfalls mit Gewalt verhindern; denn sie würde, wenn sie erfolgreich wäre, unmittelbar an seine Lebensfähigkeit greifen. Darum ist Terror — nicht gegen „die Besitzenden“, die es, von einer Übergangszeit abgesehen, dann nicht mehr gibt — sondern der Terror gegen das Volk die notwendige Begleiterscheinung des sozialisierten Staates, der Terror, dem einzig die kleine Gruppe derjenigen nicht unterliegt, die den Terror ausüben, die Regierenden oder die Diktatoren über das Proletariat (denn nur das bedeutet „Diktatur des Proletariats“). Nun soll aber die sozialisierte Wirtschaft rentabler sein, als die Privatwirtschaft. Sie erspare den Kapitalzins, der jetzt bei dem Unternehmer außer Gehältern und Löhnen herausgewirtschaftet werden muß. (Angeblich ist das so, aber nehmen wir es zunächst einmal an). Es bleibt sich gleich, ob wir diese durchschnittliche Kapitalrente gleich dem durchschnittlichen Zinsfuß (zirka fünf Prozent zurzeit) oder auf zwanzig Prozent unter Einrechnung der „hohen Unternehmergewinne“ annehmen. Ein höherer Durchschnitt wird wohl nicht behauptet werden: Es ist klar, daß schon dann der Arbeiter schlechter stehen muß als heute, wenn der sozialisierte Staat um diesen Prozentsatz unrentabler arbeitet, als die Privatwirtschaft. Nun haben aber alle — gar nicht so seltenen — geschichtlichen Beispiele sozialisierter Wirtschaft von dem Versuch des Pharao Cheops in Ägypten (2500 vor Christi) an bis zu den Bolschewiki eine außerordentliche Unterlegenheit in bezug auf ihre Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft gegenüber erwiesen. Tatsächlich haben alle zum Ruin geführt. Also auch unter diesem Gesichtspunkte läuft der Proletarier in Hinsicht auf seine künftige Belastung ein böses Risiko. In Wahrheit aber ist der Glaube, daß bei der Sozialisierung die Kapitalrente gespart werde, ein Irrwahn. Es steht fest, daß nur ein Teil der ausgezahlten Kapitalrente vom Rentner verbraucht wird; der weitaus größere wird wieder in Unternehmungen angelegt, dient also der Aufrechterhaltung und Fortentwicklung der Produktion und ist solange notwendig, als die Bedürfnisse der Menschheit, besonders auch des Proletariats noch nicht ausreichend befriedigt werden. Er kann also auch vom Staate als Produzent nicht ohne Rückwirkung auf die Lebenshaltung des Proletariats gespart werden. Und der Teil der Rente, der verbraucht wird, wird auch später — mindestens zum größten Teil — von seinen Eignern verbraucht werden, wenn er ihnen auch in anderen Formen als der der Rente (Gehalt) zugeführt wird. Leben müssen die Rentner auch später. Das Fundament der sozialistischen Lehre enthält einen ungeheuren Rechenfehler. Und auf diesem wird ein Experiment aufgebaut, das das Risiko der Vernichtung unserer ganzen Volkswirtschaft mit sich bringt. Aber selbst wenn es gelingt, wird der Proletarier im Hinblick auf den unausweichlichen Druck der Staatslasten nicht im mindesten besser stehen, als heute. Nur heißen die Steuern Staatseinnahmen aus Monopolen. Es ist Hundert gegen Null zu wetten, daß er wesentlich schlechter steht.

Aus dem vorstehenden soll natürlich nicht der Schluß gezogen werden, es sei gleich, wie die Steuern verteilt sind, da ja doch letzten Endes ein Aus-

gleich unter den Volksgenossen zustande kommt. In Wahrheit ist das Wirtschaftsleben nicht nur der fließenden anorganischen Materie vergleichbar, wie in dem Bilde der kommunizierenden Röhren. Es ist mehr, es ist ein organisches Gebilde. Der Organismus aber ist im Gegensatz zur toten Materie Sammlung und Gruppierung der dieser innewohnenden latenten Kräfte auf bestimmte voneinander unterschiedene Leistungsfähigkeiten hin. Den für die Materie geltenden Gesetzen ist auch der lebendige Organismus unterworfen, auch der geistige Organismus, auch das Gesetz des Lastenausgleichs. Nur ist dieser Prozeß reguliert, in geordnete Bahnen geleitet. Hier sind Hemmungen eingeschaltet, um besonders zarte Organe zu schonen, dort sind Schleusen geöffnet, um einen besonders raschen Ausgleich zu ermöglichen und dort sind Organe gebildet, die dem ersten Druck am kräftigsten begegnen und ihn zunächst aufhalten. Die Art des Ausgleichs mag in den verschiedenen Organismen, je nach ihrer höheren Zweckbestimmung, verschieden organisiert sein. Keiner kann sich ihm entziehen. Wohl ist es richtig, daß die Schultern eine Last noch tragen können, die, an die Füße gefettet, nicht fortbewegt werden könnte. Aber man darf nicht hoffen, daß die Füße unter der Last der Schultern ohne Druck bleiben werden. Dort, wo der der Natur eines Organismus entsprechende allgemeine Ausgleich an einer Stelle gehemmt wird, ist der Organismus krank. Das gilt auch vom Wirtschaftsleben. Gesund ist nur das Wirtschaftsleben, in welchem ein möglichst hemmungsloser Ausgleich aller Lasten und Vorteile zwischen den Einzelgruppen und der Allgemeinheit der Volksgenossen, entsprechend ihrer wirtschaftlichen Kraft und Aufgabe gewährleistet ist, denn nur so hat sowohl die Wirtschaft als ganzes, wie die einzelne Wirtschaftsgruppe die größtmögliche Leistungsfähigkeit, und ist das innere Gleichgewicht gewahrt. Es ist zweifellos, daß immer versucht ist und auch wohl immer versucht werden wird, diesen Ausgleichsprozeß zugunsten einzelner Gruppen zu stören und (stets zum Schaden des Ganzen) Scheidewände aufzurichten, die die Vorteile für diese Gruppen und die Lasten für andere Gruppen in gewissem Umfange festhalten. Jahrhundertlang war in vielen Ländern der arbeitende Mann des Volkes zu schwer belastet. Durch Bindung an die Scholle mittels der Hörigkeit und ähnlicher Mittel wurde es erreicht. Heute erleben wir in Rußland und auch schon bei uns den Versuch, die Lasten allein auf dem Besitz festzuhalten und den gesunden Ausgleich durch Zwangsmaßnahmen des Krieges und der Revolution zu verhindern. — In beiden Fällen ist der Wirtschaftsorganismus krank, nur ist die Krankheit zum Unglück der breiten Volksschichten von ungleich verschiedener Schwere. Dem Besitz fällt nun einmal in unserem Wirtschaftsleben die wirtschaftliche Initiative und damit die Leitung und Belebung des Ganzen zu. Ihm fällt also, um im Bilde des lebenden Organismus zu bleiben, die Rolle der Zentralorgane, des Hirns, des Herzens zu. Es kann zwar ein Organismus selbst mit verkrüppelten Füßen und Händen, bedeckt mit Geschwüren und Wunden ein hohes Alter erreichen. Die eingedrückte Hirnschale, der eingedrückte Brustkasten aber führt sofort zum Tode und zwar auch für Hände und Füße. Auch hier wird nicht die Sozialisierung schützen, die — wieder in unserem Bilde — den Versuch bedeuten würde, die natürlich gewachsenen Zentralorgane durch ein künstliches, den neuen Staat, zu ersetzen. Bisher ist der Ersatz lebensnotwendiger Organe durch künstliche dem Menschen noch niemals gelungen. Die Versuche, das Wirtschaftsleben künstlich von Grund auf neu zu bauen, stehen nicht höher, als das Streben nach dem Homunkulus: beide gehen auf denselben Gedankenfehler zurück, auf die Nichtachtung des Lebens und der in ihm überall wirkenden

lebendigen Kräfte. Wir vermögen dem Leben seine Gesetze abzulauschen und durch Anpassung an diese (nur so!) auf das Leben Einfluß zu gewinnen. Nach unseren Ideen Leben neu schaffen, können wir nicht. Wissenschaftlich nennt man diese Nichtachtung des Lebens materialistische Weltanschauung.

Die oben gebrauchten Bilder sind uralte Wahrheiten, sie sind schon einmal ähnlich im alten Rom den streikenden Plebejern verkündet worden, als Menenius Agrippa den Plebejern, die auf den heiligen Berg hinausgezogen waren, um eine neue Stadt für sich zu gründen, die Fabel von dem Wagen und den Gliedern erzählte. Und die Plebejer ließen sich überzeugen und kehrten in die Stadt zurück, zum Heil der ganzen folgenden römischen Geschichte und damit auch zum Heile der heutigen Welt. Ein merkwürdiger Vorgang. Welchen Eindruck muß im damaligen römischen Volke dieses Bild gemacht haben, daß es der Geschichte überliefert wurde! (Wann werden heute die Gründe für eine Streikeinigung auch nur der Öffentlichkeit bekannt?) Dieser Vorgang und seine Aufnahme in die geschichtliche Überlieferung lassen uns einen tiefen Blick in das Geheimnis des Schicksals des römischen Volkes tun: sie beleuchten blendend den instinkt-mäßigen urgesunden Staatsinn dieses Volkes, auf dem seine ganze Entwicklung ruht. Ist das deutsche Volk der Umkehr auf einem eingeschlagenen Wege fähig, weil in ihm die Erkenntnis allgemein erwacht, daß dieser Weg ein Irrweg ist?

Wir fassen die Ergebnisse des Vorstehenden kurz zusammen:

1. Im Wirtschaftsleben des Volkes findet ein Ausgleich der wirtschaftlichen Lasten (und Vorteile) unter allen Volksgenossen statt, in der Weise, daß die Lasten einzelner Gruppen auf die übrigen bis zu dem Grade abgebürdet werden, daß jeder, entsprechend seiner wirtschaftlichen Kraft, daran zu tragen hat. Dieser Ausgleich ist ein gesetzmäßiger.

2. Wird der Ausgleich durch künstliche Mittel gehemmt, so krankt das Wirtschaftsleben, eine Krankheit, deren Schwere verschieden sein kann, die aber unter Umständen zum Tode, zum allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch führt.

3. Für die Steuerlasten ergibt sich hieraus, daß jede Steuergesetzgebung, welche ehrlich das Wohl der Gesamtheit im Auge hat, dem wirtschaftlichen Ausgleich nach Möglichkeit vorarbeiten muß, um die Erschütterungen, die er vielfach mit sich bringt, dem Volke zu ersparen. Die Steuergesetzgebung darf im Interesse der Gesamtheit nur ein Ziel haben. Die Steuern möglichst gleichmäßig auf alle Volksgenossen zu verteilen, entsprechend der wirtschaftlichen Kraft des einzelnen. Die unverhältnismäßige Belastung einzelner Stände muß — besonders in wirtschaftlich schweren Zeiten — vermieden werden, da die Abbürdung Zeit in Anspruch nimmt und gerade in schweren Zeiten besonders leicht Krisen verursacht, die verheerend wirken können. Maßnahmen, die bezwecken den natürlichen wirtschaftlichen Ausgleich zu verhindern, sind immer ein Verbrechen an der Gesamtheit des Volkes.

4. Für die Parteien folgt, daß die Gesamtheit des Volkes, die Besitzenden wie das Proletariat, ein unbedingt solidarisches Interesse an der gerechten Steuerverteilung nach der wirtschaftlichen Kraft aller Stände hat. Die Erkenntnis muß allgemein werden, daß die Bestimmung der Steuern nach Klasseninteressen oder Parteidoktrinen die Allgemeinheit schädigt und auf die Klasse selbst zurückfällt, die sie durchsetzt. Die häßliche Schadenfreude des verächtlichen Demagogen über die starke Besteuerung des Besitzes ist Dummheit; denn er lacht nur über sein eigenes Schicksal. Das Vorurteil, daß der Besitz die Steuern zu tragen habe, muß ebenso fallen, wie das Vorurteil gegen die indirekten Steuern.

5. Wenn es jetzt nach gewissenhafter Prüfung notwendig ist, Besitz und Einkommen besonders schwere Lasten aufzulegen, so muß mit größter Sorge die für die Wirtschaft des ganzen Volkes vernichtende Wirkung im Auge behalten werden, die eine Überlastung des Besitzes nach sich zieht. Wie bisher die Sozialpolitik Schutzmaßnahmen für das Proletariat, so muß künftig Gesetzgebung und Verwaltung Schutzmaßnahmen für den Besitz ergreifen, die ihm helfen, die Gefahr des Zusammenbruchs zu überstehen, die ihm eine schnelle Erholung und Neubildung ermöglichen. Das ist solidarisches Interesse von Besitz und Proletariat.



Hamburgs Werben um Altona

Von Bertha Witt



ie Rivalität der beiden großen norddeutschen Schwesterstädte Hamburg und Altona konnte den Außenstehenden solange nicht berühren, bis sie mit der Aufrollung der Eingemeindungsfrage zu einer allpreussischen, oder vielmehr alldeutschen Angelegenheit wurde. Bekanntlich hat die Revolution und der Umsturz der alten Verfassung derartige Fragen überall im Deutschen Reich aufgerührt, denken wir nur an Groß-Berlin oder den Zusammenschluß der Thüringischen Staaten. Wenn bei Groß-Berlin die Zusammenfassung der Berliner Vororte mit Berlin-Stadt, da jene den Ausdehnungsdrang des eigentlichen Berlin hinderten, als eine am leichtesten lösbare Frage erschien, so liegt das zweifellos daran, daß es sich hier um rein preussische Gebiete handelte und die Auflösung der Berliner Borgemeinden in rein Berliner Gebiet äußerlich längst als vollzogen betrachtet werden konnte. Zum mindesten erblicken wir in einer großen Stadtgemeinde noch immer keinen Staat; aber anstatt daß die Revolution uns den Segen gebracht hätte, die Kleinstaatenwirtschaft endlich einmal zu beseitigen, wird dieselbe durch die neue Verfassung scheinbar vielmehr begünstigt. Zum Glück hat der Gedanke einer Auflösung Deutschlands in Zweimillionenstaaten keine unmittelbaren Gefahren gezeitigt, da er von vornherein beim Volke eigentlich kaum Beachtung fand. Immerhin aber birgt die zweijährige Frist bis zum Inkrafttreten gewisser Bedingungen bei Gebietsabänderungen Möglichkeiten in sich, über deren Bedeutung — in guter oder schädigender Beziehung — nicht die Klarheit zu herrschen scheint, die doch unbedingt wünschenswert wäre.

Wir rechnen hierher die Frage der Eingemeindung der preussischen Stadt Altona in Hamburg. Dieselbe bleibt einstweilen akut, obgleich sie seit geraumer Zeit wieder auf einem toten Punkt angelangt zu sein scheint. Aber erst mit der durch die neue Verfassung bedingten, allerdings erst in zwei Jahren möglichen Abstimmung im ganzen beteiligten preussischen Regierungsbezirk, also hier der gesamten Provinz, würde sie endlich ganz beseitigt werden, da bei dem Festhalten der Schleswig-Holsteiner an dem alten Wahlpruch „Up ewig ungedeckt“ der Gedanke, den Hamburger Wünschen im Süden uraltes Heimland preiszugeben, auf um so ungünstigeren Boden fallen müßte, als die Provinz im Norden schon mehr Landbesitz einbüßen dürfte, als man in sorglosem Opti-